



Offiziell produzierte Videos des US-Heimatschutzministeriums unter Donald Trump zeigen reißerische Szenen von Grenzschutzoperationen und innerstädtischer Gewalt. Doch Recherchen der *Washington Post* und anderer Medien legen nahe: Viele der verwendeten Bilder stammen weder aus den angegebenen Orten noch aus dem behaupteten Zeitraum. Die Grenze zwischen Information und Propaganda verschwimmt – mit Konsequenzen für politische Kommunikation weit über die USA hinaus.

In mehreren, öffentlich verbreiteten Videos suggerierten das US-Heimatschutzministerium (DHS) und ihm unterstellte Behörden wie die Grenzschutzbehörde CBP oder die Antidrogenbehörde DEA den Eindruck eines landesweiten Ausnahmezustands. Gezeigt wurden etwa martialische Razzien, dramatische Verfolgungsjagden oder überfüllte Grenzübergänge. Ziel war es offenbar, den Erfolg harter Migrations- und Sicherheitsmaßnahmen visuell zu untermauern. Doch wie nun bekannt wurde, stimmen zahlreiche dieser Szenen weder geografisch noch zeitlich mit den Angaben der Behörden überein.

Bilder aus Palm Beach, verkauft als „Chaos in Chicago“

In einem besonders augenfälligen Fall wurde ein Video verbreitet, das angeblich Gewaltszenen aus Chicago dokumentierte. Tatsächlich stammten die Aufnahmen jedoch aus Florida – deutlich zu erkennen an Palmen im Bildhintergrund, die im Klima des mittleren Westens nicht vorkommen. Auch ein anderer Clip, der eine angeblich koordinierte Anti-Drogen-Aktion in Washington D.C. illustrieren sollte, montierte Szenen aus Los Angeles, West Palm Beach und der Küstenwache vor Massachusetts zu einer fiktiven Gesamterzählung zusammen.

Ein drittes Video, das laut offizieller Beschreibung „jüngste Erfolge bei Abschiebungsmaßnahmen“ zeigen sollte, enthielt Material aus dem Jahr 2019 – teils aus internationalen Gewässern, fernab der behaupteten US-Inlandsoperationen.

Das DHS wies in einer Stellungnahme darauf hin, dass es sich bei den kritisierten Clips um eine kleine Auswahl aus über 400 publizierten Videos handle. Eine detaillierte Erklärung zu den konkreten Falschdarstellungen blieb jedoch aus.

Politische Narrative in Zeiten der Hypervisualität

Der mediale Umgang mit Migration ist längst nicht mehr nur eine Frage von Worten und Statistiken. Bilder prägen das öffentliche Bild entscheidend mit – besonders im digitalen



Zeitalter, in dem kurze Clips viral gehen, Emotionen wecken und politische Unterstützung mobilisieren können. Die hier dokumentierten Fälle zeigen, wie visuelle Kommunikation gezielt eingesetzt wird, um politische Narrative zu untermauern: Migration als Bedrohung, städtische Räume als „unsicher“, staatliches Eingreifen als notwendig.

Diese Strategie folgt einem bekannten Muster. Bereits 2018 veröffentlichte die Trump-Regierung ein Video, das einen wegen Mordes verurteilten Migranten zeigte – eingebettet in eine Erzählung massenhafter Gewalt durch irreguläre Zuwanderung. Kritiker warfen der Administration schon damals vor, Einzelfälle zu instrumentalisieren und pauschalisierende Angstbilder zu bedienen.

Die aktuelle Enthüllung geht jedoch weiter: Es geht nicht nur um Auswahl und Zuschnitt, sondern um eine aktive Irreführung bezüglich Ort und Zeit. Damit rückt ein fundamentaler Aspekt demokratischer Kommunikation ins Zentrum: der Anspruch auf **Transparenz** und **Verlässlichkeit staatlicher Informationen**.

Vertrauenskrise durch inszenierte Kommunikation

Die Verwendung von Bildmaterial aus falschen Kontexten wirft grundsätzliche Fragen auf: Wie belastbar sind die Informationen, die von Regierungsstellen verbreitet werden? Welche Kontrollinstanzen greifen, wenn Behörden nicht korrekt informieren? Und wie beeinflusst dies das öffentliche Vertrauen in Institutionen, gerade bei emotional aufgeladenen Themen wie Migration und Sicherheit?

Für Demokratien, die auf informierte öffentliche Debatten angewiesen sind, ist die Grenze zwischen strategischer Kommunikation und manipulativer Inszenierung von zentraler Bedeutung. Wenn staatliche Stellen bewusst den Eindruck eines überbordenden Chaos vermitteln, um politische Härte zu rechtfertigen, wird die Debatte nicht nur polarisiert – sie wird verzerrt.

Ein transatlantisches Signal zur kritischen Medienkompetenz

Die Bedeutung der Enthüllungen reicht weit über die USA hinaus. Auch europäische Staaten – Frankreich eingeschlossen – setzen zunehmend auf visuelle Kommunikation in der Migrationspolitik. Etwa im Kontext von „Pushback“-Debatten, Abschiebeflügen oder Grenzschutz-Einsätzen in Mittelmeerrandstaaten werden immer öfter offizielle Videos veröffentlicht, die Dringlichkeit und staatliche Kontrolle demonstrieren sollen.



Inszeniertes Chaos – Wie Trumps Heimatschutzministerium die Einwanderungskrise mit Fake-News visualisierte

Gerade für ein europäisches Publikum, das mit eigenen medialen Darstellungen von Migration konfrontiert ist, lohnt sich der kritische Blick auf die Mechanismen hinter solchen Kampagnen. Welche Bilder werden gezeigt? Was bleibt unsichtbar? Und wie verhalten sich Bild und Realität zueinander?

Frankreichs damaliger Innenminister Gérald Darmanin etwa veröffentlichte 2023 mehrere Videozuschnitts von Polizeieinsätzen gegen „illegale Lager“ in Paris, die später teilweise als Symbolbilder älteren Datums identifiziert wurden. Solche Praktiken befeuern Diskussionen über die Grenze zwischen Aufklärung und Agitation – in Frankreich wie in den USA.

Ohne eigene Bewertung der Migrationspolitik im engeren Sinn bleibt festzuhalten: Wenn staatliche Stellen sich bei der Bebilderung der Realität nicht an journalistische Standards halten, geraten zentrale demokratische Werte wie **Transparenz**, **Faktenorientierung** und **Verhältnismäßigkeit** unter Druck. Besonders in Bereichen, in denen gesellschaftliche Ängste und politische Interessen eng verflochten sind.

Der Fall der US-Videos ist daher mehr als ein innenpolitischer Skandal – er ist ein Prüfstein für politische Kommunikation in der digitalen Moderne.

Autor: P. Tiko